

**Eigentum + Freiheit  
= starker Arbeitsplatz**



# Eigentum und Wirtschaftsfreiheit als Pfeiler des Wohlstands

**D**er Schutz des Privateigentums ist die wichtigste Aufgabe eines freiheitlich demokratischen Staates. Die SVP bekämpft den links-grünen Raubzug, der zum Ziel hat, eine ideologisch geprägte Umverteilungskultur und eine unschweizerische Sozialhilfe-Abzocker-Mentalität zu fördern. Unternehmen brauchen möglichst viel Freiraum und gute Rahmenbedingungen, damit sie erfolgreich tätig sein können.



**Alessandro Ehrbar**  
Regionaler Verkaufsleiter

“  
Unsere Unternehmen  
leiden zunehmend unter  
der Regulierungswut aus  
Bundesbern. Dies lähmt  
die Wirtschaft und schadet  
unserem Wohlstand! Nur ein  
freies und florierendes  
Gewerbe schafft Arbeitsplätze  
und Wohlstand für  
unser Land!  
”

### Keine Existenz ohne Eigentum

Die SVP setzt sich dafür ein, dass die Bürger und Unternehmen über ihre rechtmässig erworbenen materiellen und ideellen Güter frei verfügen können. Ohne verfassungsmässig garantiertes Eigentum ist weder das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen noch eine freie und wohlhabende Gesellschaft möglich. Die Geschichte hat es immer wieder gezeigt: Sobald ein Staat seinen Bewohnern das Eigentum nicht mehr gewährleistet oder gar wegnimmt, sind bald auch Leib und Leben der Menschen gefährdet. Leider wird das Eigentum durch verschiedenste Instrumente ausgehebelt. Unter dem Deckmantel ideologischer Zielsetzungen schränkt beispielsweise das Verbandsbeschwerderecht die Handlungsfähigkeit der Eigentümer massiv ein. Die SVP lehnt jegliche Einspruchsmöglichkeiten, welche nicht auf eine direkte Betroffenheit zurückzuführen sind, kategorisch ab. Die SVP fordert deshalb demokratisch legitimierte Rechtssicherheit für das Privateigentum. Noch drastischer sind die Eingriffe ins Privateigentum, die unter dem Titel «Klimaschutz» im Gange sind: ein Verbot von Heizöl, Benzin und Diesel. Teure Vorschriften beim Bauen und Sanieren, CO<sub>2</sub>-Abgaben und andere als «Lenkungsabgaben» getarnte Umerziehungs- und Umverteilungssteuern.

### Keine Heimat ohne Eigenheim

Insbesondere der Erwerb von Wohneigentum, das zentral für den Wohlstand der Schweiz ist, wird durch staatliche Auflagen und Einschränkungen bedroht. Die SVP fordert, dass selbst-

genutztes Haus- und Wohneigentum durch steuerliche Anreize gefördert wird. Wer Vollzeit arbeitet, soll sich im Laufe seines Lebens Wohneigentum im eigenen Land leisten können! Die heutige Eigenmietwertbesteuerung entfaltet eine eigentumsfeindliche Wirkung und gehört abgeschafft. Die SVP setzt sich dafür ein, dass der Einsatz des Vorsorgekapitals zur Finanzierung des Eigenheims erhalten bleibt. Gleichzeitig ist der freie Markt durch die Überregulierung im Mietrecht stark eingeschränkt. Den staatlichen sozialen Wohnungsbau mit wettbewerbsverzerrenden Effekten lehnt die SVP ab. Genauso das Verbot von Ölheizungen und die Solarpflicht für alle Hausbesitzer: Diese Milliardenkosten müssen die Wohneigentümer zahlen – und die Mieter mit noch höheren Mieten.



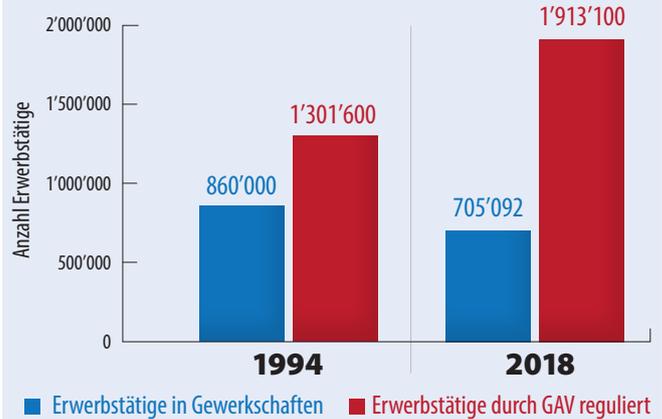
### Wirtschaftsfreiheit anstatt Totregulierung

Die Schweizer Unternehmen – und dabei speziell die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind als Arbeitgeber Garant des Wohlstands für Land und Leute. Deshalb kämpft die SVP für mehr unternehmerischen Freiraum und gegen neue Gesetze und Verbote, die unsere Unternehmen belasten. Denn wo die Bürokratie wuchert, wird zwangsläufig das unternehmerische Handeln eingeschränkt und die regulatorischen Kosten laufen aus dem Ruder. Die Tendenzen der vergangenen Jahre, den liberalen Arbeitsmarkt immer mehr zu regulieren, die Energie und den Transport zu verteuern und den bürokratischen Aufwand zu vergrössern, sind endlich zu stoppen. Unseren erfolgreichen KMU, aber auch den vielen grossen Firmen mit Sitz in der Schweiz, ist Sorge zu tragen. Staatlich verordneter, bürokratischer Leerlauf – namentlich durch bürokratische Änderungen in den bundesrätlichen Verordnungen – schaden den Unternehmen und damit der Schweiz. Unnötige Regulierungen, neue Gesetze, Vorschriften und Verbote sowie die automatische Übernahme von EU-Recht, die Gift für die Unternehmen und Gewerbebetriebe sind, lehnt die SVP ab.

### Wachsender Einfluss gewerkschaftlicher Totengräber

Sozial ist, wer Erfolg hat und Arbeitsplätze schafft. Arbeit ist das zuverlässigste Mittel gegen die Armut. Ein flexibler Arbeitsmarkt ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit und erleichtert den Zugang zum Arbeitsmarkt und einem guten Auskommen. Das liberale Arbeitsrecht und eine freie, dezentrale Lohnbildung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind die Trümpfe des schweizerischen Arbeitsmarktes. Die Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 und die heute fast 600 Gesamtarbeitsverträge (GAV) bedrohen jedoch diese Trümpfe. Die Gewerkschaften geben vor, als offizielle Vertreter für über die Hälfte aller Beschäftigten zu agieren, obwohl lediglich 15 Prozent der Erwerbstätigen Mitglied in einer der Gewerkschaften sind und deren Mitgliederzahlen stetig schwinden. Die SVP bekämpft das Doppelspiel der Ge-

### Schrumpfende Gewerkschaften bestimmen über immer mehr Arbeitnehmende



Quelle: BFS, Gesamtarbeitsverträge und Sozialpartnerschaft

werkschaften: Sie wollen über immer mehr allgemein verbindliche GAV den Arbeitsmarkt regulieren und zusätzlich mit der Unterstützung von Links-Grün über kantonale und städtische Mindestlöhne weitere Bereiche des Arbeitsrechts verstaatlichen. Damit gefährden sie Arbeitsplätze, anstatt solche zu schützen.

Der wachsende Einfluss der Gewerkschaften und der Ausbau der Beamtenschweiz gehen Hand in Hand. Jede neue Regulierung, überwacht durch Gewerkschaften und Bundesbeamte, rechtfertigt neue Steuern und Abgaben. Deshalb kämpft die SVP für einen Abbau der Regulierungsdichte. Für jedes neue Gesetz oder jede neue Regulierung ist mindestens eines bzw. eine zu streichen.

### **Nein zur staatlichen Enteignung**

Die in grosser Zahl neu geschaffenen Staatsstellen belasten nicht nur die Steuerzahler, sondern auch die Wirtschaft. Mehr Beamte führen automatisch zu noch mehr staatlicher Bürokratie, Aktionismus und noch mehr Übernahme von EU-Recht. Anstelle von Markt und Wettbewerb treten sodann staatliche Vorschriften und Interventionismus sowie internationale Gleichmacherei, welche die Unternehmer aus dem Markt drängen. Unnötige Monopole wie die Suva oder die SRG verteuern zudem die Dienstleistungen und verhindern echte Konkurrenz. Die erweiterte Fiskalquote stieg zwischen 1990 und 2019 von 33,2 Prozent auf 39,6 Prozent. In anderen Worten: Von jedem in der Schweiz erarbeiteten «Hunderter-

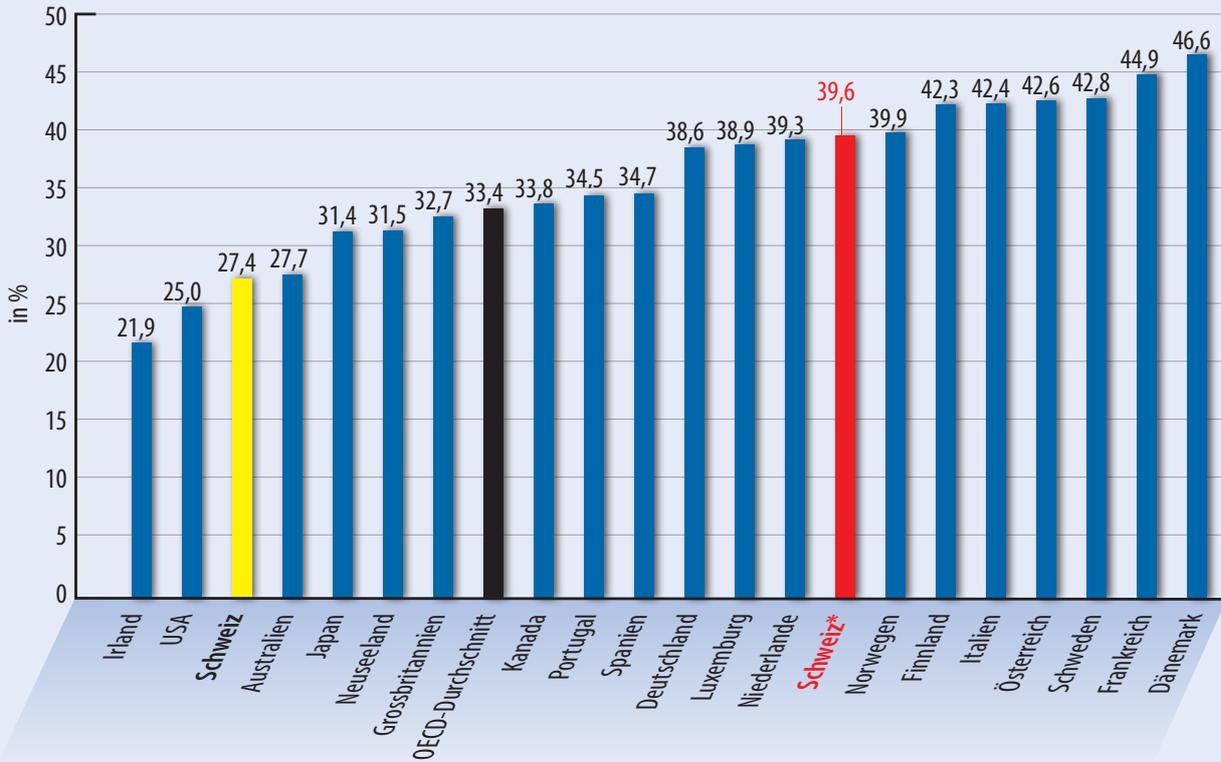


nötli» reissen die Bundesbeamten 40 Franken an sich, ölen damit die Maschinerie des Beamtentums und finanzieren auch ihre Privilegien. Die SVP kämpft dafür, dass die Menschen in der Schweiz ihr sauer verdientes Geld selbst ausgeben, sparen oder investieren können.

### **Ja zur Privatsphäre**

Angetrieben durch die steigenden Einnahmen auf Kosten der Privaten, untersuchen immer mehr Beamte das Handeln der Bürger und Unternehmen. Die Privatsphäre wird zunehmend untergraben. Die Preisgabe des Bankkundengeheimnisses gegenüber dem Ausland und sich abzeichnende digitale Identitätskarten sowie Impfausweise sind Beispiele dafür, wie die Privatsphäre der Bürger bereits ausgehöhlt wurde. Die SVP lehnt jede weitere Preisgabe der Privatsphäre durch eine Ausdehnung des Informationsaustauschs aller schützenswerten

## Von jedem erarbeitenden Franken bleiben nur noch 60 Rappen



**Roter Balken:** Erweiterte Fiskalquote der Schweiz (im Gegensatz zum gelben Balken inklusiv Zwangsabgaben wie 2. Säule, Krankenkasse etc.)

Daten ab. Derartige Bestrebungen, insbesondere Automatismen, widersprechen wichtigen Grundsätzen der Schweiz, wie dem Schutz der Privatsphäre oder einem auf Treu und Glauben aufbauenden Verhältnis zwischen Bürger und Staat. Zudem wird durch mehr Privatsphäre auch die Bürokratie gesenkt: Je weniger Daten gesammelt werden, desto weniger Bundespersonal muss diese auswerten. Die SVP kämpft für einen schlanken Staat und den uneingeschränkten Schutz der Privatsphäre der Bürger in allen Belangen.

### **Internationale Gleichmacherei abwehren**

International gerät das Erfolgskonzept der Schweiz unter Druck. Eine internationale Steuerregelung ändert zwei bis anhin sakrosankte Prinzipien der Unternehmensbesteuerung. Neu soll erstens eine Mindestbesteuerung auf die Gewinne grösserer Unternehmen eingeführt werden. Zweitens soll deren Besteuerung weg vom Produktionsstandort hin zum Marktstaat verschoben werden. Dies ist ein Angriff auf die

Schweiz als wettbewerbsfähiges Land, aber auch auf die interkantonale Steuerkompetenz. Die SVP kämpft für den Erhalt der kantonalen Steuerhoheit. Zusätzliche Steuereinnahmen in Form von Ergänzungssteuern, generiert durch international erzwungene Steuererhöhungen, müssen direkt den betroffenen Kantonen zugutekommen. Jeglichen Umverteilungsgelüsten, welche zusätzliche Steuer- oder Abgabenerträge auslösen, erteilt die SVP eine Absage. Der von Links-Grün genährten Vollkasko-Mentalität, welche den Staat als Selbstbedienungsladen sieht, erklärt die SVP den Kampf.

### **Ja zum weltweiten Handel**

Der internationale Austausch von Gütern und Dienstleistungen in Form von Freihandel, der nicht durch Zölle und andere Handelshemmnisse behindert wird, ist der Motor der Weltwirtschaft. Als stark vom Export abhängiger Kleinstaat, der 2021 Waren im Wert von über 259 Milliarden Franken ausgeführt hat, hat unser Land bereits früh einen möglichst barrierefreien Handel und entsprechende Freihandelsabkommen angestrebt. Die Schweiz soll ihre Bestrebungen für den weltweiten Abschluss weiterer Freihandelsabkommen – unter besonderem Einbezug der Versorgungssicherheit – verstärken. Aufgrund der sich verändernden Bedeutung der Märkte, insbesondere vor dem Hintergrund der aufstrebenden Schwellenländer, ist es wichtig, dass die Schweiz dabei einen universellen Ansatz verfolgt und sich nicht einseitig auf die EU ausrichtet. Die SVP kämpft für eine liberale, weltoffene Handelspolitik, welche nicht einseitig auf die EU ausgerichtet ist.



## Standpunkte

### Die SVP ...

- verteidigt den Schutz jeglichen Eigentums und den Schutz der Rechtssicherheit in der Schweiz als tragende Säulen der Freiheit des Bürgers;
- fordert mehr Freiheit und weniger Regulierungen, Vorschriften und Verbote zur Sicherung der bestehenden und Schaffung neuer Arbeitsplätze;
- setzt sich konsequent für die Anliegen des arbeitenden Schweizer Mittelstandes ein;
- reduziert den Staat auf seine Dienstleisterrolle, der für die Steuerzahler einfach zugängliche, schnelle und unbürokratische Dienstleistungen erbringt;
- verlangt, dass der Staat die Wirtschaft weder konkurrenziert noch behindert;
- fordert die Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts und einen Abbau des bürokratischen Bewilligungswesen, welche die Weiterentwicklung der Wirtschaft als Ganzes massiv behindern;
- fordert im Sinne einer Stützung des Föderalismus die Stärkung des Parlamentes gegenüber der Verwaltung und Exekutive;
- kämpft für die Abschaffung der flankierenden Massnahmen sowie der Stellenmeldepflicht;
- fordert ein Verordnungsveto, um den Ausbau der Bürokratie zu bremsen;
- fordert die Ausgestaltung eines flexiblen und modernen Schweizer Arbeitsmarkts, eine Flexibilisierung der Arbeitszeiterfassung sowie eine Stärkung der Selbstständigkeit;
- setzt sich für tiefe Lohnnebenkosten ein;
- verlangt, dass die Quoren für die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit auf keinen Fall gesenkt werden und die Gültigkeit von allgemein-

verbindlichen Gesamtarbeitsverträgen nicht über die Branche hinaus ausgeweitet wird;

- ist gegen jegliche Einschränkung der Nutzung des Bargeldes als gesetzliches Zahlungsmittel;
- bekämpft den Rückgriff des Staates auf Sparguthaben und Pensionskassengelder;
- bekämpft die eigentumsfeindliche Eigenmietwertbesteuerung unter Beibehaltung der investitionsfördernden Abzüge von Unterhaltsaufwand und Schuldzinsen;
- bekämpft den Ausbau der Bürokratie im Mietrecht.

## + Vorteile

### Das bringt mir:

- ✓ als Arbeitnehmer einen sicheren und interessanten Arbeitsplatz;
- ✓ als jungem Arbeitnehmer, die Aussicht eigenes Wohneigentum erarbeiten zu können;
- ✓ als Hausbesitzer den Schutz des Eigentums und weniger Bürokratie;
- ✓ als Konsument, Lohnempfänger und Rentner einen starken Schweizer Franken mit hoher Kaufkraft;
- ✓ als Unternehmer mehr Geld für Investitionen und Innovationen;
- ✓ als Gewerbler und produzierendem Bauern weniger Bürokratie und Papierkram;
- ✓ als Steuerzahler und Bankkunde einen starken Schweizer Finanzplatz und die Gewissheit, dass auch in Zukunft kein automatischer Zugriff auf meine Finanzdaten erfolgt.